

Erinnerungskultur in der Demokratie – Grundwerte und Menschenrechte als Leitbilder zeitgemäßer Gedenkstättenarbeit

Vortrag Lüdenscheid 03.05.2011

1. Einführung

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist ein fester Bestandteil der Entwicklung der Demokratie in diesem Lande. Der offene Umgang mit der Vergangenheit Deutschlands gehört mittlerweile zum Grundkonsens aller die Demokratie tragenden Kräfte und Parteien. Die Singularität des Holocaust wird weder in Frage gestellt noch relativiert. Gedenkstätten als Orte der Bewahrung NS-bezogener Erinnerung sind breiter als je zuvor gesellschaftlich akzeptiert.

Der erreichte Konsens bedeutet jedoch nicht Ende der Debatte, weder politisch noch historisch. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wird immer eine Mahnung bleiben. Jede Gedenkstätte erinnert daran, dass humane und zivilisatorische Grundnormen eben nicht selbstverständlich sind. Das mahnt die Nachgeborenen sich selbstkritisch zu vergewissern, was genau unter den jeweiligen historischen Bedingungen konkret die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens sind. Dieser Konsens und die Schlussfolgerungen daraus müssen mit jeder Generation neu kommunikativ hergestellt werden.

Dabei kann es nicht nur um ein Belehren der Jüngeren über einen festen Erinnerungskanon gehen. Wie die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, ist das ein nicht abzuschließender gesellschaftlicher Lernprozess. Die Erinnerung kann uns helfen zu verstehen. Sie kann uns zeigen, was geschieht, wenn die Würde des Menschen von Staats wegen außer Kraft gesetzt wird, wenn die Vernichtung der Würde des Menschen Ziel und Inhalt der Politik ist.

Die über die Jahrzehnte immer wieder Wandel und Veränderung ausgesetzte Erinnerungskultur in Deutschland war und ist vor diesem Hintergrund stets integraler Bestandteil jeder seriösen historisch-politischen Bildungsarbeit. In jeder Modifizierung erinnerungskultureller Erscheinungsformen bezüglich Stil und Inhalt spiegeln sich die Befindlichkeiten, Selbstwahrnehmungen und besonderen Umstände der jeweiligen Zeit wider. Auch heute stehen Erinnerungskultur und historisch-politische Bildung vor neuen Fragen und Herausforderungen wie z.B.:

1. die unvermeidliche Historisierung des Nationalsozialismus nach dem ebenso unvermeidlichen Aussterben der Erlebnisgeneration;
2. damit verbunden der Umgang mit den letzten noch lebenden Zeitzeugen (als Opfer, Täter und Beobachter) und die Erschließung anderer historischer Quellengruppen und Erzählformate;
3. die Diskrepanz zwischen medialer Allgegenwärtigkeit von NS, Zweitem Weltkrieg und Holocaust und dem bestenfalls selektiven, unzusammenhängenden historischen Wissen der mittleren und jüngeren Generation, die Mystifizierungen, Mythologisierungen und Banalisierungen des geschichtlichen Geschehens Vorschub leistet;
4. die wachsende soziale, kulturelle, religiöse und ethnische Inhomogenität der anzusprechenden Zielgruppen, insbesondere im Jugendbereich mit stetig steigendem Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte;
5. die zunehmende „Europäisierung“ nationaler bzw. ethnischer Geschichtsbilder.

2. Konsequenzen für die Arbeit der Gedenkstätten

Aus dem Gesagten ergeben sich erhebliche Konsequenzen für das politisch historische Lernen im Allgemeinen und die Arbeit der Gedenkstätten im Besonderen. Nordrhein-Westfalen verfügt über keine großen Gedenkort wie Auschwitz, Dachau oder Buchenwald, die international für die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus stehen. Statt dessen existieren hier eine ganze Reihe kleinerer *NS-Gedenkstätten* mit engagierten Mitarbeitern und ehrenamtlichen Unterstützern, die vor Ort der historischen Aufklärung und der Erinnerungsarbeit unschätzbare Dienste leisten.

Ein wesentliches Ziel von historisch-politischer Bildung und Gedenkstättenpädagogik bleibt die Erzeugung eines Gefühls kollektiver Verantwortung aller in Deutschland lebenden Menschen für die aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu ziehenden Schlussfolgerungen. Dabei muss man auch bereit sein, sich auf offene Situationen einzulassen. Jugendliche aus der Türkei können Minderheitenkonflikte um Kurden und Armenier zum Thema machen. Ob sich Jugendliche aus arabischen Ländern mit den Opfern des Holocaust identifizieren oder vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts antisemitisch äußern, ist nicht ausgemacht. Letzteres ist nicht die Regel, kommt aber durchaus vor. Auf jeden Fall bedeutet gemeinsam getragene Verantwortung aus der Geschichte konkret: Alle Zugewanderten müssen wissen, dass die deutsche Geschichte zu besonderer Sensibilität gegenüber jeder Form von Antisemitismus verpflichtet, unabhängig von der jeweiligen Herkunft der im heutigen Deutschland lebenden Menschen.

Diese spezielle Herausforderung für die Erinnerungskultur in Deutschland vermag jedoch auch als Teil des europäischen Verständigungs- und Einigungsprozesses interpretiert werden. Es ist dabei davon auszugehen, dass auch ein europäisches Geschichtsverständnis nicht als lineare Erzählung denkbar ist. Es kommt für die historisch-politische Bildung deshalb darauf an, die aktuelle geschichtspolitische Debatte in Deutschland für die Perspektiven aus anderen europäischen Ländern und die Sichtweisen der bei uns lebenden Zugewanderten zu öffnen, überkommene Vorstellungen und Legenden in den richtigen historischen Kontext zu stellen und Interessierte dabei zu unterstützen, eigene Fragestellungen und Hypothesen zu entwickeln, die es ermöglichen, die Konfrontation mit oftmals irritierenden und überfordernden historischen Materialien fruchtbar zu gestalten.

3. Geschichtsbewusstsein in einer „europäisierten“ Gesellschaft

Die Entstehung der modernen Geschichtsschreibung und der Geschichtswissenschaft sind auf das Engste mit der Herausbildung der Nationalstaaten verknüpft. Die klassischen Nationalstaaten werden auch in Zukunft nicht gänzlich verschwinden. Sie sind nach wie vor die Grundlage des Völkerrechts. Dennoch ist der europäische Einigungsprozess weit fortgeschritten. Staaten, die sich

Jahrhunderte lang bekämpft haben, sind heute auf das Engste miteinander verflochten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und sozial.

Aber ein *europäisches Geschichtsbewusstsein* hat sich bislang noch nicht herausgebildet. Es ist fraglich, ob sich je ein mit dem nationalen Geschichtsbewusstsein vergleichbares einheitliches europäisches Bewusstsein entwickeln wird. Genauso fraglich ist aber, ob das überhaupt wünschenswert wäre. Europa lebt von seiner Vielfalt. Vielleicht ist es vollkommen ausreichend, wenn die jeweiligen nationalen Perspektiven mit den historischen Fakten kompatibel sind und man die Sichtweisen des anderen akzeptiert. Die Konflikte um ein europäisches Zentrum gegen Vertreibung zeigen jedenfalls, wie sehr die jeweiligen nationalen Auffassungen – trotz der Bemühungen um ein gemeinsames europäisches Geschichtsverständnis – noch gegeneinander stehen können.

Die europäische Geschichte des vergangenen Jahrhunderts war – neben allen zu verzeichnenden politischen, kulturellen, sozialen und technologischen Fortschritten – vor allem auch gekennzeichnet durch Angriffskriege, durch politische, religiöse und rassische Verfolgung, Genozide, ethnische Säuberungen und Vertreibungen. Europa war der Schauplatz gigantischer *Menschheitsverbrechen und Unrechtsregime*, insbesondere des Nationalsozialismus und des Stalinismus.

Mit der Osterweiterung der EU wird auch der *Vergleich zwischen den beiden großen Terrorregimen* des vergangenen Jahrhunderts verstärkt diskutiert. Die bundesrepublikanische Erinnerungsdebatte hat die Singularität des Holocaust betont und sich deshalb mit Vergleichen schwer getan. Hinter einem Vergleich wurden oft rechtfertigende Absichten vermutet. Gegenüber einem aus der ehemaligen Sowjetunion zugewanderten jungen Menschen, dessen Großvater im Gulag Stalins umgekommen ist, kann man solche Vermutungen nicht aufrechterhalten. Der Nationalsozialismus ist heute eine der am besten erforschten Diktaturen. Über die Eskalation des Terrors im Stalinismus wissen wir dagegen noch vergleichsweise wenig.

Solche neuen Zusammenhänge haben zu einer Relativierung der nationalen Perspektiven und zu einer Erweiterung der bisherigen Fragestellungen geführt. Der

Austausch über die unterschiedlichen Geschichtsbilder, Sichtweisen und Fragen kann gemeinsame Werte bewusst machen und damit den Aufbau einer *gemeinsamen demokratischen Tradition* unterstützen. Hierin besteht auf lange Zeit eine wichtige Aufgabe des historischen politischen Lernens, in Gedenkstätten, in Schulen und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Es setzt auf mündige Bürger und vertraut mit dem Verzicht auf Tabuisierungen auf die Stärke der Demokratie und demokratischer Auseinandersetzung in unserem Land.

4. Historisch-politische Bildung in Nordrhein-Westfalen und das „kurze 20. Jahrhundert“

„Gegen das Vergessen“ war das Credo der meisten nordrhein-westfälischen Gedenkstätten in ihrer Gründungsphase. Angesichts der massenmedialen Präsenz des Nationalsozialismus ist auf absehbare Zeit nicht davon auszugehen, dass das historische Geschehen aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwindet. Vieles spricht dafür, dass junge Menschen heute mehr vom Nationalsozialismus und die Shoah gehört haben, als über jede andere Phase deutscher Geschichte. Das Problem ist, wie dieses Wissen sinnvoll zu ordnen ist, so dass ein angemessenes historisches Bewusstsein zum Naziregime und der blutigsten Phase europäischer Geschichte und ihren Folgen entsteht.

Am Anfang der Geschichte, die den Mittelpunkt von erinnerungskultureller Gedenkstättenarbeit ausmacht, steht der Erste Weltkrieg. Die Schatten dieser europäischen „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ fallen dabei tief bis in unsere Gegenwart. Denn alles hat eine Vorgeschichte. So auch der Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Krieg und Gewalt erzeugten einen noch schrecklicheren Krieg und eine noch monströsere Gewalt. Aus dem blutigen Konflikt der Nationalstaaten erwuchs das tödliche Ringen der Ideologien. Biographisch mag manche Linie aus den Schützengräben der Westfront des Ersten Weltkriegs über Freikorps und Ruhrkampf in das nationalsozialistisch besetzte Europa des Zweiten Weltkriegs geführt haben. Ideologisch gesehen führt eine unmittelbare Verbindung über zahlreiche Zwischenstationen von der industrialisierten Massentötung bei Verdun zum organisierten Genozid in Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Sobibor oder Riga. Jener Zusammenhang ist es, den immer mehr Historiker mit Blick auf die Jahre

zwischen 1914 und 1990 vom „kurzen 20. Jahrhundert“ sprechen lassen, jenem 1914 beginnenden, durch Massenmobilisierung, technisch-industrielles Töten und verfeindete Ideologien gekennzeichneten Zeitalter der Spaltung Europas und der Welt, des Völkermordes und der organisierten Vertreibungen, welches nach 1945 im Kalten Krieg unter anderen Vorzeichen seine Fortsetzung finden sollte.

Es ist an der Zeit, dass sich die Träger der Erinnerungsarbeit und der historisch-politischen Bildung diesem Zusammenhang stellen. Es geht dabei nicht um Relativierung oder Aufrechnung, gar um das Bestreiten der Singularität der Shoah. Es geht vielmehr darum, gerade auch vor dem Hintergrund der nahenden 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs von 1914, Verständnis für Kausalitäten zu schaffen, das Unbegreifbare in den Grenzen der Vernunft zu erklären, Folgewirkungen sichtbar zu machen und die Entstehung von Mythen zu verhindern. Dies kann und soll ausdrücklich vor einem gesamteuropäischen Hintergrund erfolgen.

Ein künftiges europäisches Geschichtsbewusstsein, das solchen Erwartungen entspricht, wird sich jedoch nicht von oben herab und kurzfristig über die Regierungen aufbauen lassen. Vielmehr wird es vor allem aus den *persönlichen Kontakten* der Menschen über die Grenzen hinweg entstehen. Insbesondere von jungen Leuten in internationalen Projekten wird dabei schon seit langem Erstaunliches geleistet.

Hier kann und muss politische Bildung ansetzen. Hier kann und muss sie Wirkungsvolles für ein freies und friedliches Europa leisten. Eine interne Konkurrenz zwischen den einzelnen Erscheinungsformen von NS-Mahn- und Gedenkstätten untereinander ist dabei ebenso kontraproduktiv und unsinnig wie eine thematische Konkurrenz zwischen Nationalsozialismus und Holocaust auf der einen und anderen zeitgeschichtlichen Phänomenen wie Erster Weltkrieg, Stalinismus, Vertreibung und Kalter Krieg auf der anderen Seite. Es kommt vielmehr darauf an, Zusammenhänge herzustellen und Vergleiche anzuregen, ohne zu relativieren oder zu bagatellisieren.

So sollten sich historische Vergleiche staatsterroristischer Systeme im Wesentlichen darauf beschränken, die spezifische innere Dynamik des Terrors und der

Entfesselung von Gewalt zu erfassen. Diese Ausgangsposition ermöglicht Erklärung und Hinweise darauf, wer unter welchen Umständen zur Eskalation des Terrors beiträgt und fragt zugleich nach Möglichkeiten, wie derartige Eskalationen bereits im Ansatz zu verhindern bzw. in späteren Stadien zu stoppen sind. Maßstab der Beurteilung sollen und können dabei die Menschenrechte als verbindlicher Werterahmen demokratischer Gesellschaftsordnungen sein.

Unter solchen Voraussetzungen erscheint die Einbeziehung des Stalinismus und des SED-Regimes in die nordrhein-westfälische Erinnerungskultur ebenso denkbar und sinnvoll wie das bisherige gedenkstättenpädagogische Tabuthema Flucht und Vertreibung.

Ein anderer Punkt ist die Untersuchung und entsprechende didaktische Aufarbeitung der konfessionellen Milieus auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens im „kurzen 20. Jahrhundert“ unter der erkenntnisleitenden Fragestellung nach sozialen, kulturellen und ökonomischen Prägungen bzw. den vorhandenen Formen von Anpassung, Mittätertum und Widerstand während der NS-Diktatur über einen eng begrenzten lokalen Raum hinaus. Bisher sind vergleichbare Projekte in Nordrhein-Westfalen in dieser Breite weitgehend auf das Segment der (sozialistischen) Industriearbeiterschaft und dort vor allem auf das Ruhrgebiet beschränkt.

Speziell Nordrhein-Westfalen bietet als Anreiner der Benelux-Staaten und zugleich als „Brückenkopf nach Osten“ (Sitz verschiedener ostdeutscher Kultureinrichtungen, Museen und Stiftungen, Partnerregion der Woiwodschaft Schlesien), als historischer Ort von Ruhrkampf, „Barmer Erklärung“ und dem Wirken des Münsteraner Bischofs Kardinal von Galen, als Zufluchtsziel von über zwei Millionen deutschen Heimatvertriebenen, von hunderttausenden DDR-Flüchtlingen und Spätaussiedlern, als Zielpunkt vieler Asylsuchender und Bürgerkriegsflüchtlinge in den 1980er und 1990er Jahren geradezu idealtypische Voraussetzungen für eine Weitung und Aktualisierung erinnerungskultureller Arbeit im besprochenen Sinne.

5. Gedenkstätten und Demokratie

Mahn- und Gedenkstätten, so auch die „Ge-Denk-Zellen“ im Alten Rathaus hier in Lüdenscheid, sind nicht nur real fassbare Objekte bzw. Orte lebendig gewordener Geschichte, sie fördern auch das Gemeinwohl durch eine sehr konkret werdende Stärkung des demokratischen und friedlichen Miteinanders der in diesem Lande lebenden Menschen, über trennende Kulturkreise und Sprachhürden hinweg. Die Begehung einer Gedenkstätte, wie etwa ein ehemaliges KZ oder ein altes Polizeigefängnis, bündelt die Gedanken des Einzelnen auf die Ereignisse und zwingt ihn dazu, sich mit den dargestellten Geschehnissen auseinanderzusetzen, was in Gruppen wiederum zwangsläufig zu einer Diskussion führt bis hin zu Vergleichen mit der heutigen Zeit. Das pädagogische Potential einer GS ist enorm; die thematisierten historischen Ereignisse werden personalisiert, erhalten im Wortsinn ein menschliches Gesicht und erfahren dadurch eine immerwährende Aktualität.

Mahn- und Gedenkstätten des Nationalsozialismus oder der SED-Diktatur besitzen darüber hinaus eine Doppelfunktion: Zum einen dokumentieren sie die jeweiligen Systeme in ihrem Unrechtscharakter, zum anderen forcieren sie bei ihren Besuchern das Nachdenken über die Möglichkeiten alternativen Handelns von Staaten und Individuen nach den Maßstäben von Freiheit und Menschlichkeit.

Daher bieten Gedenkstätten als wichtige Elemente der Erinnerungskultur Anstöße und Anlässe, sich einmal eingehend mit der demokratischen Kultur der Gegenwart, ihren Stärken, Schwächen, Herausforderungen und Gefährdungen zu befassen, um am Ende aus sich selbst heraus – und nicht „von oben“ verordnet – den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu begreifen, ja sich zu eigen zu machen. Denn ein ehemaliges KZ, ein Gestapokeller oder ein Gefängnis der Staatsicherheit zeigen dem Besucher und besonders jungen Menschen eindrucksvoll auf, dass ihre oft selbstverständliche Freiheit gar nicht so selbstverständlich ist, sondern immer wieder aufs Neue errungen und verteidigt werden muss.

Der Weg in Extremismus und Unfreiheit beginnt nur allzu oft mit der Lethargie und Passivität der Mehrheit. Demokratie aber kann nur bestehen, wenn eine

ausreichende Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an ihren Institutionen und Instrumenten vorhanden ist.

Daran mahnt nicht zuletzt eine weitere wichtige erinnerungskulturelle Aufgabe von Gedenkstätten: Die Ehrung und Rehabilitation derjenigen, die in den diktatorischen Regimen Widerstand geleistet und in unmenschlichen Situationen Menschlichkeit bewiesen haben. Die dafür denunziert und mit aller Härte bestraft worden sind bis hin zum Verlust des eigenen Lebens. Wem solche Schicksale authentisch vermittelt werden, ohne aufgesetzten Pathos oder den moralisch erhobenen Zeigefinger, der beginnt mit der Reflektion über sein eigenes Verhalten in punkto Menschlichkeit, Courage und Toleranz.

Aus diesen Gründen sind Gedenkstätten und Demokratie untrennbar miteinander verbunden. Sie sind in der demokratischen Gesellschaft ein unverzichtbares Mittel, um die Bedeutung von Grundwerten und Menschenrechten zu demonstrieren. Und sie sind damit unabdingbare Partner der politischen Bildung, die nicht allein von Staats wegen ihre Aufgaben erfüllen kann, sondern stets auf das Mitwirken aus der Mitte der Gesellschaft angewiesen bleibt, so wie es sich im bürgerschaftlichen Engagement der Vielen für „ihre“ Gedenkstätte vor Ort immer wieder eindrucksvoll manifestiert.

Guido Hitz